

DER PRÄSIDENT



An die Fraktionen im Landtag Rheinland-Pfalz

LANDESFEUERWEHRVERBAND  
RHEINLAND-PFALZ e.V.  
LINDENALLEE 41-43  
56077 KOBLENZ  
TELEFON (0261) 97434-0  
TELAFAX (0261) 9743434

Koblenz, 10.11.2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei der Sitzung der Kreis- und Stadtfeuerwehrinspektoren am 28. und 29. 10. 2011 in Koblenz hat Herr Staatsminister Roger Lewentz über die bevorstehenden Einsparmaßnahmen im Bereich des Brandschutzes berichtet.

Nach seinen Aussagen aber auch Zeitungsmeldungen in den vergangenen Tagen sollen in den Jahren 2012/2013 jeweils 3 Millionen aus der Feuerschutzsteuer in den allgemeinen Landeshaushalt übergeführt werden. Dazu nehmen wir als Vertreter der Feuerwehren von Rheinland-Pfalz wie folgt Stellung.:

Die Feuerschutzsteuer ist eine in Rheinland-Pfalz zweckgebundene Steuer, die die Aufgaben des Brandschutzes bei den Kommunen unterstützen soll.

Die vorgesehenen Einsparungen bedeuten für die Kommunen eine weitere finanzielle Belastung, ist doch der Förderstau in den letzten Jahren auf rund 50 Millionen Euro angewachsen, wie auch die Präsentation bei der letzten Herbsttagung der KFI/SFI am 29. und 30.10.2010 belegt. Zudem werden von den rund 16 Millionen Euro Feuerschutzsteuer zur Zeit nur etwa 7,6 Millionen Euro als Zuschuss für den Brandschutz (Beschaffung Fahrzeuge und Feuerwehrhäuser der Aufgabenträger im kommunalen Bereich) gewährt. Die restliche Summe wird für Aufwendungen des Landes im Brand- und Katastrophenschutz sowie für Rückstellungen im Digitalfunk verwendet.

Weitere Einsparmaßnahmen sollen im Bereich der Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule (als Anlage vgl. Schreiben vom 03.11.2011) durchgeführt werden.

Wir lehnen diese Vorgehensweisen als Vertreter der Feuerwehren von Rheinland-Pfalz mit aller Entschiedenheit ab und fordern unsere Landtagsabgeordneten auf, uns darin zu unterstützen. Die jetzt vorgesehenen Maßnahmen dienen mit Sicherheit nicht der von allen Parteien gewünschten Unterstützung der Feuerwehren vor Ort insbesondere derer, die im Ehrenamt tätig sind.

Mit freundlichen Grüßen

  
Otto Fürst  
Präsident

Zur Kenntnisnahme und Information

- 1.) Roger Lewentz ISIM
- 2.) Kommunale Spitzenverbände



Landesfeuerwehrverband Rheinland-Pfalz e.V., Lindenallee 41-43, 56077 Koblenz

Ministerium des Innern und für Sport  
Herrn Ministerialrat  
Hans-Peter Plattner  
Postfach 3280  
55022 Mainz

## Landesfeuerwehrverband

Landesgeschäftsstelle  
56077 Koblenz, Lindenallee 41-43  
Telefon: 02 61 / 9 74 34-0  
Telefax: 02 61 / 9 74 34-34  
E-Mail: post@lfv-rlp.de  
Bankverbindung: Kreissparkasse Mayen  
(BLZ 576 500 10) Kto.-Nr. 20 013 603

Koblenz, 03.11.2011/et

### Sitzung AK Feuerwehr vom 07.09.2011

Sehr geehrter Herr Plattner,

der Bericht des Landesrechnungshofes zur Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule (LFKS) wurde im Rahmen der letzten Sitzung der AK Feuerwehr thematisiert.

In unserer Verbandversammlung am 22.10.2011 habe ich in meinem Geschäftsbericht als Präsident des Landesfeuerwehrverbandes Rheinland-Pfalz die Auswirkungen auf den Brand- und Katastrophenschutz angesprochen und im Rahmen dieser haben die Feuerwehrführungskräfte dies zustimmend zur Kenntnis genommen.

Im Folgenden führen wir unsere Stellungnahme im Detail aus:

1. Die kommunalen Bedarfsträger sollen laut der Empfehlung des Landesrechnungshofes verstärkt in die Finanz- und Ausbildungsverantwortung einbezogen werden.  
Hier ist zu berücksichtigen, dass die Kommunen schon durch die Verdienstaufschlagkosten der Lehrgangsteilnehmer mit einem großen finanziellen Anteil belastet sind. Daher können wir diese Auffassung des Landesrechnungshofes nicht teilen und lehnen diesen Vorschlag ab.  
Die feuerwehrrelevanten Lehrgänge müssen auch weiterhin kostenneutral angeboten werden.
2. Die verpflichtende Einführung eines kostenpflichtigen Feuerwehr- Prüfdienst für die Kommunen bedeutet einen Eingriff in die Kommunale Selbstverwaltung und wird dazu führen, dass dieser nur noch sporadisch angefordert wird.

Dieses kann jedoch nicht zielführend für eine qualitativ hochwertige Ausstattung unserer Feuerwehren und damit der Sicherheit unserer Feuerwehrangehörigen und unserer Bürger sein. Daher lehnen wir eine verbindliche Vorgabe eines Prüfungsturnus durch den Feuerwehr-Prüfdienstes sowie die Einführung einer Kostenpflicht für die Kommunen ab.

Wir halten aber die Beibehaltung des Feuerwehr-Prüfdienstes durch die Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule als dringend notwendig.

Wir bitten Sie, diese Anmerkungen in Ihren weiteren Beratungen zu berücksichtigen.

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Otto Füst', written over the printed name.

Otto Füst  
Präsident